

STADTRAT

Stadthaus
Postfach 1000
8200 Schaffhausen
T + 41 52 632 51 11
F + 41 52 632 52 53
www.stadt-schaffhausen.ch

An den
Grossen Stadtrat
8200 Schaffhausen

Vorlage des Stadtrates vom 2. März 2021

Überarbeitung der Vereinbarung zwischen der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall über die gemeinsame Förderung des öffentlichen Verkehrs

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen eine Vorlage zur Überarbeitung der Vereinbarung zwischen der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall über die gemeinsame Förderung des öffentlichen Verkehrs. Der Gemeinderat von Neuhausen am Rheinflall unterbreitet dem Einwohnerrat eine gleichlautende Vorlage.

Mit der Überarbeitung wird die Vereinbarung auf die aktuellen Gegebenheiten angepasst und die Basis für die erfolgreiche Weiterführung der Zusammenarbeit beider Gemeinden im Bereich des öffentlichen Ortsverkehrs gelegt.

Inhalt

1	Ausgangslage	3
1.1	Vereinbarung aus dem Jahre 1992	3
1.2	Revisionsbedarf.....	3
1.3	Klärung der Zuständigkeit für Anpassung	3
2	Wichtigste Änderungen und Eckwerte	4
2.1	Bestimmungen zum Tarif sind nicht mehr nötig.....	4
2.2	Anpassung aufgrund Organisationsform, Bestellerkonferenz	4
2.3	Generische Definition gemeinsamer Linien, Aufteilung von Kosten und Erträgen	4
2.4	Finanzierung von Investitionen und Unterhalt	5
2.5	Absprache grosser Investitionen	5
2.6	Bei Uneinigkeit entscheidet der Regierungsrat.....	6
3	Änderungen im Einzelnen	6
4	Würdigung	13
	Anträge	14

1 Ausgangslage

1.1 Vereinbarung aus dem Jahre 1992

1992 schlossen die Parlamente der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall eine Vereinbarung zwecks gemeinsamer Förderung des öffentlichen Verkehrs. In der Vereinbarung geregelt sind die Bedingungen für die gemeinsame Bestellung der Trolley- und Autobuslinien der VBSH, welche auf beiden Gemeindegebieten verlaufen.

Die Vereinbarung wurde 1999 teilrevidiert.

1.2 Revisionsbedarf

Die Vereinbarung ist betreffend verschiedener, nachfolgend aufgeführter Punkte veraltet und muss revidiert werden.

- Die Tarife werden seit 1998 (Abonnemente) und 2013 (Einzelbillette, Tages- und Mehrfahrtenkarten) von einem Tarifverbund (früher Flextax, heute OSTWIND) festgelegt.
- Die VBSH sind seit 2019 als selbständige, öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Schaffhausen mit der Verwaltungskommission als strategisches Führungsorgan organisiert. Entsprechend wurden die Rollen der Besteller und der Leistungserbringer klarer getrennt.
- Die Finanzierung der VBSH funktioniert usanzgemäss seit Jahren durch Darlehen der Stadt Schaffhausen und nicht von den beiden Bestellergemeinden. Ausnahme davon sind die den Bestellern zugewiesenen Abgeltungs-Reserven.
- Die Linienführung der Autobuslinie 6 wurde angepasst.

1.3 Klärung der Zuständigkeit für Anpassung

Die Revisionsbedürftigkeit der Vereinbarung ergibt sich unter anderem aus der neuen Rechtsform der Verkehrsbetriebe Schaffhausen, die durch die Zusammenführung der beiden Verkehrsbetriebe von Stadt und Kanton entstanden ist und von den Stimmberechtigten angenommen wurde.

Aufgrund des ergangenen Volksentscheids ist eine Anpassung der veralteten Vereinbarung dringend nötig. Entsprechend der in der Vereinbarung festgelegten Zuständigkeit bezüglich Genehmigung und Abänderung der Vereinbarung (Ziff. 8.4 der alten Vereinbarung) sind der Gemeinderat von Neuhausen am Rheinfall und der Schaffhauser Stadtrat übereingekommen, die Revision den beiden Parlamenten zur Genehmigung vorzulegen.

2 Wichtigste Änderungen und Eckwerte

Nachfolgend sind die wichtigsten Anpassungen und Eckwerte der Vereinbarung erläutert.

2.1 Bestimmungen zum Tarif sind nicht mehr nötig

Die in der Fassung von 1992 enthaltenen Bestimmungen zum Tarif der VBSH sind nicht mehr nötig, da 1998 und 2013 (vgl. Kap. 1.2) auf das System des Tarifverbundes (heute: OSTWIND) umgestellt wurde.

2.2 Anpassung aufgrund Organisationsform, Bestellerkonferenz

Mit der Verselbständigung der VBSH als öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Schaffhausen wurden die Rollen des Leistungserbringers (VBSH) und der Besteller im Ortsverkehr (Stadt Schaffhausen und Gemeinde Neuhausen am Rheinfall) angemessen getrennt.

Die frühere Verwaltungskommission (Gremium zur Beratung des Stadtrates und zur Koordination der Bestellerinteressen) besteht nicht mehr. Die neue Verwaltungskommission der VBSH ist das strategische Führungsorgan der selbständigen Anstalt. Darin hat ein Vertreter des Netzgebietes Neuhausen am Rheinfall, nicht aber die offizielle Besteller-Vertretung der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall, einen Einsitz.

Stattdessen soll zur Absprache der Linienbestellung und zur Festsetzung des Fahrplanes im Ortsverkehr mindestens einmal jährlich eine Bestellerkonferenz der in beiden Gemeinden zuständigen Referenten stattfinden (vgl. Art. 3.1).

2.3 Generische Definition gemeinsamer Linien, Aufteilung von Kosten und Erträgen

Die Definition gemeinsamer Linien wird aufgrund der bisherigen Usanz generisch formuliert. Dies macht Sinn, weil auch künftig Anpassungen der Linienführung möglich sein sollen, ohne dass die beiden Parlamente die vorliegende Vereinbarung anpassen müssen.

Die Aufteilung der Kosten und der Verkehrserträge bleibt unverändert und wird in der Vereinbarung in verständlicher Form festgehalten:

- Für die Aufteilung der Erträge sind die Linienabschnitte massgeblich. Auf dem grenzüberschreitenden Abschnitt zählen die zusteigenden Passagiere der letzten Haltestelle vor der Grenze zur Hin-fahrtsgemeinde und die anderen nicht. Bei der Rückfahrt ist es um-gekehrt.
- Für die Aufteilung der Kosten erfolgt die Grenzziehung jeweils bei der letzten, auf dem Gemeindegebiet der Stadt Schaffhausen lie-genden Haltestelle. Aktuell sind dies die Haltestellen Kreuz (Linie 1) und Stokarbergstrasse (Linie 6), welche beide auch vom Nachtbus angefahren werden.

Die Haltestelle Kreuz liegt genau auf der Gemeindegrenze. Auf der Linie 6 liegt die geografische Grenze zwischen den Haltestellen Stokarbergstrasse und Trubegüetli mit einem Verhältnis von 80 Metern (von Neuhausen) zu

250 Metern (von Schaffhausen). Bei der Erarbeitung der vorliegenden Vorlage wurde die bisherige Grenzziehung für die Kostenaufteilung zwischen der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen überprüft. Dabei konnte festgestellt werden, dass die für die Kostenaufteilung massgebliche Grenze früher bei den Haltestellen Schützenhaus festgesetzt war. Nach Verhandlungen zwischen den Bestellergemeinden wurde die Grenzziehung zuerst bei der Haltestelle Hallenbad und später bei der Haltestelle Stokarbergstrasse gezogen. In der Schweiz bestehen unterschiedliche Systeme zur Aufteilung der Kosten bei grenzüberschreitenden Linien: Ein Ansatz richtet sich nach der Gemeindegrenze. Ein anderer Ansatz richtet sich nach dem Fahrgastaufkommen, wobei die Zentrumsgemeinde im Vergleich zum ersten Ansatz entlastet wird. In einer Würdigung kamen der Stadtrat und der Gemeinderat von Neuhausen am Rheinfall überein, dass die bisherige Grenzziehung fair ist und nicht verändert werden sollte.

Zur Berechnung der Bestellung wird in der Regel jeweils das arithmetische Mittel der Verkehrserträge der letzten beiden Jahre verwendet (Art. 5.3). Damit sollen Schwankungen bei den Verkehrserträgen aufgefangen werden können. Von dieser Zweijahresregel kann bei besonderen Vorkommnissen und Veränderungen im Linienangebot, in gegenseitigem Einvernehmen, abgewichen werden.

2.4 Finanzierung von Investitionen und Unterhalt

Die Finanzierung von Investitionen der VBSH geschieht usanzgemäss mit Darlehen der Stadt Schaffhausen, dies soll entgegen der bisherigen Vereinbarung auch so bleiben (Art. 4.1). Seit der Umstellung auf das Abgeltungssystem, bei dem die Bestimmungen des eidgenössischen Personenbeförderungsgesetzes (SR 745.1) sinngemäss zur Anwendung gelangen, ist über die Abgeltungen sichergestellt, dass sich beide Bestellergemeinden anteilig zu den Kosten (inkl. den Abschreibungen)rückwirkend an den Investitionen beteiligen. In der Organisationsverordnung der selbständigen VBSH ist neu auch festgehalten, dass die Finanzierung ausschliesslich über Darlehen der Stadt Schaffhausen funktionieren darf (RSS 7400.0). Im Zuge der Zusammenführung wurden zudem im Vermögensteilungs-Vertrag die Infrastruktur-Anlagen (Transformatoren, Trolleybusleitungen) den VBSH übertragen.

Unverändert bleibt die Regelung, wonach Investitionen in Strassenanpassungen, Haltestellenbau, örtliche Busbevorzugungen etc. von derjenigen Gemeinde getragen werden, auf deren Gebiet sie anfallen (Art. 4.2). Dies gilt im Übrigen auch für den Unterhalt der Bushaltestellen und sonstigen Einrichtungen, die dem Busverkehr dienen. Die allgemeine Unterhaltspflicht der jeweiligen Strasseneigentümer ergibt sich auch aus Art. 62 des Strassengesetzes vom 18. Februar 1980 (StrG, SHR 725.100). Busstationen gelten als Nebenanlagen und sind als solche Bestandteile der Strassen (vgl. Art. 4 und 3 StrG).

2.5 Absprache grosser Investitionen

Da die Aufteilung der Investitionen nach Bestellergemeinde wegfällt, braucht es eine Absprache grosser Investitionen. (Art. 4.3). Dies ist notwendig, damit die VBSH und die Stadt als Eignerin über einen Investitionsschutz verfügen. Das wurde bereits bei der Einführung von Elektrobussen

so gehandhabt. Der Gemeinderat hat sowohl der Umstellung der Trolleybusse auf IMC-Technologie als auch der Einführung von Elektrobussen mit Schnellladesystem gegenüber dem Stadtrat ausdrücklich zugestimmt.

Bei Angebotsanpassungen ist Rücksicht zu nehmen auf die wirtschaftliche Nutzung von in Absprache getätigten Investitionen (Art. 3.4).

2.6 Bei Uneinigkeit entscheidet der Regierungsrat

Unverändert bleibt die Bestimmung, wonach der Schaffhauser Regierungsrat über Unstimmigkeiten entscheidet.

3 Änderungen im Einzelnen

Nachfolgend werden die beantragten Änderungen synoptisch dargestellt und kurz erläutert.

Tabelle 1: Synoptische Darstellung der Aktualisierungen der Vereinbarung

Bisherige Formulierung (vom 9. Juni 1992 durch den Grossen Stadtrat bzw. am 9. April 1992 durch den Einwohnerrat der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall bewilligt; teilrevidiert 1999)	Kommentar Änderungsbedarf	Neue Fassung (gem. Beilage 1)
Alter Titel		Neuer Titel
Vereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall über die gemeinsame Förderung des öffentlichen Verkehrs	<i>Anpassung an aktuelle Nomenklatur</i>	Vereinbarung zwischen der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall über die gemeinsame Förderung des öffentlichen Verkehrs
1. Vertragszweck		1. Vertragszweck
1.1 Grundsatz Der Betrieb und der Ausbau der Linien des öffentlichen Verkehrs der Gemeinden Schaffhausen und Neuhausen am Rheinflall werden so koordiniert, dass für die Bevölkerung der Agglomeration eine optimale Leistung erbracht werden kann.	<i>Entschlackung und Fokussierung auf die Finanzierung und den Bestellprozess für die gemeinsamen Linien</i>	1.1 Grundsatz Mit dieser Vereinbarung regeln die Gemeinden Schaffhausen und Neuhausen am Rheinflall als Bestellerinnen die Finanzierung und das Verfahren für die Bestellung von gemeinsamen Linien des öffentlichen Ortsverkehrs.
1.2 Betriebsführung Die Betriebsführung auf sämtlichen Linien obliegt den Verkehrsbetrieben Schaffhausen. Diese sind ein Unternehmen der Einwohnergemeinde Schaffhausen, welche Inhaberin der Linienkonzessionen des Bundesamtes für Verkehr ist.	<i>redaktionelle Anpassungen</i>	1.2 Betriebsführung Die Betriebsführung auf sämtlichen Ortsverkehrslinien obliegt den Verkehrsbetrieben Schaffhausen (VBSH). Die VBSH sind eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Schaffhausen, welche Inhaberin der Linienkonzessionen des Bundesamtes für Verkehr ist.
1.3 Tarif Auf sämtlichen Linien gilt der Tarif der Verkehrsbetriebe Schaffhausen.	<i>Der Artikel muss angepasst werden, weil auf sämtlichen Linien der Tarif des Tarifverbunds OSTWIND gilt.</i>	1.3 Tarif Auf sämtlichen Linien gilt der Tarif des Tarifverbunds OSTWIND beziehungsweise einer Nachfolgeorganisation.

<p>1.4 Ausbau des öffentlichen Verkehrs Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs erfolgt im Rahmen des Netzausbaus der Verkehrsbetriebe. Über Ausbauschritte sind allenfalls Zusatzverträge notwendig.</p>	<p><i>Diese Zielsetzung besteht nicht mehr, der Artikel kann gestrichen werden.</i></p>	<p>-</p>
<p>2. Gemeinsame Linien</p>		<p>2. Gemeinsame Linien</p>
<p>2.1 Linien Gemeinsame Linien der Gemeinden sind: die Trolleybuslinie Waldfriedhof/Herblingertal - Bahnhof Schaffhausen - Neuhausen Zentrum - Herbstäcker die Autobuslinie Neuhausen SBB - Rosenbergstrasse - Schützenhaus - Bahnhof Schaffhausen - Spital - Falkeneck - Ebnat²</p>	<p><i>Seit der letzten Vereinbarungsrevision wurde die Linie 6 angepasst (Falkeneck als Endhaltestelle, nicht mehr Ebnat). Weil die vorliegende Vereinbarung nur mit Zustimmung beider Parlamente veränderbar ist und auch zukünftig Linienanpassungen möglich sind, wurde eine generische Formulierung gewählt.</i></p>	<p>2.1 Definition gemeinsamer Linien Als gemeinsame Linien gelten Linien, welche Haltestellen auf beiden Gemeindegebieten bedienen.</p>
<p>2.2 Linienabschnitte Für die Kosten- und Ertragsaufteilung werden die gemeinsamen Linien wie folgt aufgeteilt: – auf der Trolleybuslinie erfolgt die Grenzziehung bei der Haltestelle Kreuz – auf der Autobuslinie erfolgt die Grenzziehung bei der Haltestelle Stokarbergstrasse³</p>	<p><i>Die heutige Usanz der Aufteilung der Linienabschnitte für die Ertrags- und Kostenaufteilung wird in generischer Form festgehalten (Erläuterungen siehe Kap. 2.3).</i></p>	<p>2.2 Aufteilung der Linienabschnitte Die Ertragsaufteilung erfolgt basierend auf den Fahrgastzahlen nach Linienabschnitten zwischen zwei Haltestellen. Bei grenzüberschreitenden Linienabschnitten zählen die zusteigenden Passagiere der letzten Haltestelle vor der Gemeindegrenze zum Zielort, alle anderen Fahrgäste zur Herkunftsgemeinde. Für die Kostenaufteilung erfolgt die Grenzziehung jeweils bei der letzten, auf dem Gemeindegebiet der Stadt Schaffhausen liegenden Haltestelle.</p>
<p>3. Verwaltungskommission der Verkehrsbetriebe</p>	<p><i>Mit der Verselbständigung der VBSH hat die Verwaltungskommission der VBSH andere Aufgaben und ist das strategische Führungsorgan, welches den Leistungsanbieter vertritt, nicht den Besteller. In der vorliegenden Vereinbarung muss die Bestellung verankert werden.</i></p>	<p>3. Gemeinsame Bestellung des Angebots des Ortsverkehrs</p>

<p>3.1 Behandlung gemeinsamer Aufgaben Zur Koordination und Behandlung aller Belange des öffentlichen Verkehrs, welche die Interessen der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall gemeinsam berühren, besteht die „Verwaltungskommission Verkehrsbetriebe“.</p>	<p><i>In der neuen Vereinbarung muss die Bestellerkonferenz geregelt werden.</i></p>	<p>3.1 Bestellerkonferenz Zur Koordination und Bestellung der gemeinsamen Linien, welche die Interessen der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall gemeinsam berühren sowie zur Absprache des gemeinsamen Fahrplanes, treffen sich die beiden für den öffentlichen Verkehr zuständigen Exekutivmitglieder mindestens einmal pro Jahr.</p>
<p>3.2 Zusammensetzung Der Verwaltungskommission gehören an: a) die für den öffentlichen Verkehr zuständigen Referenten beide Gemeinden b) aus beiden Gemeinden je drei weitere von den zuständigen Organen gewählte Mitglieder c) der Direktor und ein Personalvertreter der Verkehrsbetriebe mit beratender Stimme Als Sekretär wählt die Kommission einen Verwaltungsmitarbeiter einer der beiden Gemeinden.</p>	<p><i>siehe oben, streichen</i></p>	
<p>3.3 Vorsitz Vorsitzender der Verwaltungskommission ist der für den öffentlichen Verkehr zuständige Referent der Stadt Schaffhausen. Sein Stellvertreter ist der zuständige Referent der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall. Dieser übernimmt jedes vierte Jahr den Vorsitz, wobei die Stellvertretung an den zuständigen Referenten der Stadt Schaffhausen übergeht.</p>	<p><i>siehe oben, streichen</i></p>	
<p>3.4 Beschlussfassung Die Verwaltungskommission beschliesst mehrheitlich und ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Bei Stimmgleichheit zählt die Stimme des Vorsitzenden doppelt.</p>	<p><i>siehe oben, streichen</i></p>	
<p>3.5 Aufgaben Der Verwaltungskommission obliegen insbesondere folgende Aufgaben:</p>	<p><i>siehe oben, streichen</i></p>	

<p>a) Vorberatung von Bauprojekten sowie von grösseren Beschaffungen und Investitionen zuhanden der zuständigen Gemeindeorgane</p> <p>b) Vorberatung der Voranschläge, Jahresrechnungen und Jahresberichte</p> <p>c) Prüfung des jährlichen Kostenverteilers zuhanden der zuständigen Gemeindeorgane</p> <p>d) Vorschlagsrecht gegenüber dem Stadtrat bei Anträgen an den Grossen Stadtrat betreffend Festsetzung der Tarife</p> <p>e) Vorberatung von wesentlichen Fahrplanänderungen</p> <p>f) Erledigung der ihr von den zuständigen Gemeindeorganen zugewiesenen Geschäfte</p>		
	<p><i>Der Bestellprozess hat zeitlich auf das Fahrplanverfahren und die Budgetierung der Bestellergemeinden abgestimmt zu erfolgen.</i></p>	<p>3.2 Zeitliche Koordination mit Fahrplanverfahren und Budgetierung</p> <p>Die Bestellung hat schriftlich und rechtzeitig für die Budgetierung durch die beiden Bestellergemeinden in Abstimmung zum Schweizerischen Fahrplanverfahren zu erfolgen.</p>
	<p><i>Die Frage nach der Zuständigkeit bei Angebotserweiterungen hat bisher zu Unklarheiten geführt, weshalb ein expliziter Hinweis angezeigt ist.</i></p>	<p>3.3 Einhaltung der Finanzkompetenzen</p> <p>Mehrkosten bei den Abgeltungen aufgrund von Angebotsausbauten sind jeweils von den beiden Bestellergemeinden rechtzeitig unter Beachtung der ordentlichen Finanzkompetenzen den zuständigen Gremien zur Bewilligung vorzulegen.</p>

	<p><i>Nachdem die Investitionen nicht mehr von den Bestellergemeinden getragen werden müssen, ist eine Absprache bei Neuanschaffungen (Ziff. 4.3) notwendig und bei späteren Angebotsanpassungen ist eine ordentliche Amortisierung zu ermöglichen. Weiter sollen für die Angebotsqualität die rechtzeitige Absprache zwischen den Bestellergemeinden und der Grundsatz "vergleichbare Angebotsqualität auf dem ganzen VBSH-Netz" festgehalten werden.</i></p>	<p>3.4 Rahmenbedingungen bei Angebotsanpassungen Bei einer Anpassung des Angebots ist Rücksicht auf die wirtschaftliche Nutzung von getätigten Investitionen (gemäss Ziffer 4.3) zu nehmen. Die Angebotsqualität ist mit den Bestellergemeinden rechtzeitig abzusprechen. Der Fahrplan ist in der Regel so zu gestalten, dass auf dem ganzen Netz der VBSH eine vergleichbare Angebotsqualität besteht.</p>
4. Investitionen		4. Investitionen
4.1 Investitionen der Gemeinden Investitionen in Strassenanpassungen, Haltestellenbau, örtliche Busbevorzugungen usw. werden von derjenigen Gemeinde getragen, auf deren Gebiet sie anfallen.		4.1 Investitionen der beiden Bestellergemeinden Investitionen in Strassenanpassungen, Haltestellenbau, örtliche Busbevorzugungen usw. werden von derjenigen Bestellergemeinde getragen, auf deren Gebiet sie anfallen.
4.2 Investitionen zu Lasten der Rechnung der Verkehrsbetriebe Sämtliche übrigen Investitionen (Fahrzeugpark, Fahrleitung Betriebs- und Verwaltungsgebäude usw.) werden zu Lasten der Rechnung der Verkehrsbetriebe getätigt. Dabei werden Ersatzinvestitionen über Kredite der Stadt Schaffhausen finanziert, Neuinvestitionen über Kredite jener Gemeinde, zu deren Gunsten sie getätigt werden.	<p><i>Zu den Investitionen der VBSH gehören auch die Ladeinfrastruktur für Elektrobusse. Die Finanzierung der VBSH erfolgt gemäss Organisationsverordnung exklusiv über die Stadt Schaffhausen.</i></p>	4.2 Investitionen der Verkehrsbetriebe Sämtliche übrigen Investitionen (Fahrzeugpark, Fahrleitung Betriebs- und Verwaltungsgebäude, Ladeinfrastruktur usw.) gehen zu Lasten der Rechnung der VBSH.
	<p><i>Da die Aufteilung der Investitionen nach Bestellergemeinde wegfällt (siehe Ziff. 4.2), braucht es eine Absprache grosser Investitionen.</i></p>	4.3 Absprache von grossen Investitionen Grosse Investitionen (Fahrzeuge einer neuen Generation, ortsgebundene Infrastruktur, etc.) müssen beide Bestellergemeinden zwecks Gewährleistung des Investitionsschutzes mit den VBSH absprechen.

5. Kosten- und Ertragsaufteilung		5. Kosten- und Ertragsaufteilung
5.1 Interne Betriebsabrechnung Grundlage für die Kosten- und Ertragsaufteilung zwischen den beiden Gemeinden bildet die interne Betriebsabrechnung der Verkehrsbetriebe mit Linien-Erfolgsrechnungen.	<i>Die neue VBSh führen neu sowohl eine Spartenrechnung für den Regional- als auch für den Ortsverkehr, weshalb zu präzisieren ist, dass es sich um die Sparte Ortsverkehr handelt.</i>	5.1 Interne Betriebsabrechnung Grundlage für die Kostenaufteilung zwischen den beiden Bestellergemeinden bildet die interne Betriebsrechnung sowie die Linien-Erfolgsrechnungen der VBSh.
5.2 Amortisationen und Verzinsung Die Abschreibungen werden gemäss branchenüblichen Ansätzen festgelegt. Die Verzinsung der Kredite gemäss Ziff.4.2 in der internen Betriebsabrechnung erfolgt zum Satz der Schaffhauser Kantonalbank für erste Hypotheken.	<i>Die Abschreibungen erfolgen nach den Grundsätzen des Personenbeförderungsgesetzes (siehe auch Organisationsverordnung der VBSh, Art. 28). Die Verzinsung der Darlehen der Stadt Schaffhausen erfolgen nach der einheitlichen Zinspolitik der Stadt für eigene Unternehmen und muss an dieser Stelle nicht geregelt werden.</i>	
5.3 Kostenaufteilung Die in den internen Linien-Erfolgsrechnungen ermittelten Kosten pro Linie (Betriebskosten abzüglich Nebenerträge) werden gemäss geleisteten Wagenkilometern zwischen den beiden Gemeinden aufgeteilt. Für die Berechnung der Wagenkilometer gelten die Linienaufteilungen gemäss Ziff.2.2.	<i>Leer- und Übergangsfahrten werden nicht gezahlt, weshalb hier eine Präzisierung der Wagenkilometer von geleistet (bisher) auf produktiv (neu) geändert wird.</i>	5.2 Kostenaufteilung Die in den internen Linien-Erfolgsrechnungen ermittelten Kosten pro Linie (Betriebskosten abzüglich Nebenerträge) werden gemäss produktiven Wagenkilometern zwischen den beiden Bestellergemeinden aufgeteilt. Für die Berechnung der Wagenkilometer gelten die Linienaufteilungen gemäss Ziff. 2.2.
5.4 Aufteilung der Verkehrserträge Die Verkehrserträge werden gemäss Personenkilometern auf die einzelnen Linien bzw. die Linienabschnitte aufgeteilt (Linienabschnitte gemäss Ziff.2.2).	<i>Entgegen der bisherigen Regelung wurde in den letzten Jahren ein Zweijahresschnitt verwendet, um Veränderungen abzuglätten. Dies soll in der neuen Vereinbarung offiziellisiert werden.</i>	5.3 Aufteilung der Verkehrserträge Die Verkehrserträge werden gemäss Personenkilometern auf die einzelnen Linien beziehungsweise die Linienabschnitte (gemäss Ziffer 2.2) aufgeteilt. Zur Berechnung der Bestellung wird in der Regel jeweils das arithmetische Mittel der Verkehrserträge der letzten beiden Jahre verwendet.

<p>6. Tarifentwicklung Die Vertragsparteien beabsichtigen, den Tarif der Verkehrsbetriebe in den Jahren 1994 und 1996 unter Berücksichtigung der Kosten- und Frequenzentwicklung sowie der Teuerung (ausgehend von einem Indexstand 124,7 Punkte) zur Sicherstellung der Finanzierung anzupassen.</p>	<p><i>Die Tarife werden vom Tarifverbund OSTWIND festgelegt. In dieser Vereinbarung braucht es keine Bestimmung dazu.</i></p>	
<p>7. Zukünftige Strukturen Die Vertragsparteien verpflichten sich, im Verlaufe der nächsten Amtsperiode mit dem Kanton Gespräche darüber zu führen, inwieweit dieser in die Förderung des öffentlichen Verkehrs auf dem Gebiet der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall eingebunden werden kann und in welchem Umfang dazu organisatorische und gesetzliche Änderungen auf kommunaler und kantonaler Ebene notwendig sind.</p>	<p><i>Aktuell sind keine neuen Strukturen geplant, der Artikel kann gestrichen werden.</i></p>	
<p>8. Schlussbestimmungen</p>		<p>6. Schlussbestimmungen</p>
<p>8.1 Streitigkeiten Streitigkeiten aus dieser Vereinbarung werden durch den Regierungsrat des Kantons Schaffhausen entschieden.</p>	<p><i>Aktive Formulierung</i></p>	<p>6.1 Streitigkeiten Der Regierungsrat entscheidet über Streitigkeiten aus dieser Vereinbarung.</p>
<p>8.2 Inkrafttreten Die Vereinbarung tritt rückwirkend auf den 1. Januar 1992 in Kraft.</p>	<p><i>Inkrafttreten per 1. Januar 2021, Ablösung der bisherigen Vereinbarung.</i></p>	<p>6.2 Inkrafttreten Diese Vereinbarung ersetzt die "Vereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall über die gemeinsame Förderung des öffentlichen Verkehrs" vom 17. Juni 1992 und tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2021 in Kraft.</p>

<p>8.3 Kündigung Die Vereinbarung kann, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Jahren, jeweils auf den 31. Dezember gekündigt werden. erstmals auf den 31. Dezember 2005. Kann auf den Zeitpunkt der Kündigung für die Tragung der Betriebskosten auf den gemeinsam betriebenen Linien nicht einvernehmlich eine Lösung gefunden werden, so legt der Regierungsrat eine Übergangsregelung fest, welche die Interessen beider Gemeinden angemessen berücksichtigt².</p>	<p><i>Termine angepasst, Vereinbarung erstmals in 5 Jahren kündbar, also auf den 31.12.2025. Redaktionell (unfertiger Satz) bereinigt.</i></p>	<p>6.3 Kündigung Die Vereinbarung kann, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Jahren, jeweils auf den 31. Dezember und erstmals auf den 31. Dezember 2025 gekündigt werden. Kann auf den Zeitpunkt der Kündigung für die Tragung der Betriebskosten auf den gemeinsam betriebenen Linien keine einvernehmliche Lösung gefunden werden, so legt der Regierungsrat eine Übergangsregelung fest, welche die Interessen beider Bestallergemeinden angemessen berücksichtigt.</p>
<p>8.4 Genehmigung Diese Vereinbarung wird unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Grossen Stadtrat Schaffhausen und den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall abgeschlossen und ist unter den gleichen Voraussetzungen abänderbar.</p>		<p>6.4 Genehmigung Diese Vereinbarung wird unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Grossen Stadtrat Schaffhausen und den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall abgeschlossen und ist unter den gleichen Voraussetzungen abänderbar.</p>

4 Würdigung

Die beantragten Änderungen stellen die Weiterführung der erfolgreichen, partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall im Bereich des öffentlichen Ortsverkehrs sicher.

Mit der Überarbeitung wird die Vereinbarung den aktuellen Gegebenheiten angepasst und für zukünftige Veränderungen kompatibler gemacht.

Der Schaffhauser Stadtrat und der Gemeinderat von Neuhausen am Rheinfall empfehlen dem Grossen Stadtrat und dem Neuhauser Einwohnerrat, der neuen Vereinbarung zuzustimmen.

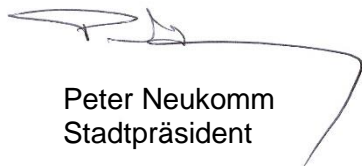
Gestützt auf den vorstehenden Ausführungen stellen wir Ihnen folgende

Anträge

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 2. März 2021 betreffend «Überarbeitung der Vereinbarung zwischen der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall über die gemeinsame Förderung des öffentlichen Verkehrs».
2. Der Grosse Stadtrat genehmigt die überarbeitete «Vereinbarung zwischen der Stadt Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall über die gemeinsame Förderung des öffentlichen Verkehrs» gemäss Beilage 1 unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Einwohnerrates der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES STADTRATS



Peter Neukomm
Stadtpräsident



Stephanie Keller
Stadtschreiberin i.V.

Beilage: Vereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Schaffhausen und der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall über die gemeinsame Förderung des öffentlichen Verkehrs